

EntschlieÙung

des Burgenländischen Landtages vom 04. Juli 2019 betreffend Bekenntnis zur Eindämmung der drastischen Folgen des Klimawandels als Aufgabe von höchster Priorität

Seit einigen Monaten gehen jeden Freitag Jugendliche in Österreich auf die Straße, um auf die unserem Planeten drohende Klimakatastrophe hinzuweisen. Die neue Klimaschutzbewegung „Fridays for Future“ ist auch im Burgenland in den Gruppen „Fridays for Future Eisenstadt“ und „Fridays for Future Südburgenland“ aktiv. Diese verfassten eine Resolution mit dem Titel: „Resolution zur Ausrufung des Klimanotstandes“, in der die Vertreterinnen und Vertreter aller Parteien aufgefordert werden, das Vorhaben der Jugend-Klimabewegung zu unterstützen. Darin heißt es unter anderem:

„Am Freitag, 15. März 2019, folgten zehntausende Menschen österreichweit dem Aufruf der Klimaschutzbewegung ‚Fridays For Future‘ und gingen auf die Straße. Sie forderten und werden auch in Zukunft fordern, dass der Nationalrat und die Bundesregierung, die Bundesländer, die Städte und die Gemeinden sofort, effizient und konsequent handeln, damit die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden kann. Es geht um unsere Zukunft und die Lebensmöglichkeiten zukünftiger Generationen.

Die jungen Menschen sprechen aus, was uns allen schon lange bewusst ist. Es ist höchste Zeit zu handeln: Der Mensch hat bereits Klimaveränderungen mit irreversiblen Folgen verursacht, welche weltweit zu spüren sind. Die globalen Temperaturen sind gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter um 1°C gestiegen, weil die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre durch menschliche Aktivitäten unnatürlich stark angestiegen ist. Aufgrund lokaler Gegebenheiten beträgt der bereits erfolgte Temperaturanstieg im Alpenraum sogar über 2°C. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgasemissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Überall auf der Welt und ganz besonders auch in Österreich, da wir als Land mit großem Wohlstand und hohem Energieverbrauch mit gutem Beispiel vorangehen können und sollen.

Bereits 1,5 °C globale Erwärmung führen unter anderem dazu, dass der steigende Meeresspiegel riesige Küstengebiete unbewohnbar macht. Die Weltbank schätzt, dass in den kommenden 30 Jahren die Zahl der Klimaflüchtlinge auf über 140 Millionen Menschen ansteigen wird. In Österreich ist die Klimakrise schon heute zu spüren, Bereiche, wie zum Beispiel die Landwirtschaft und der Wintertourismus, sind direkt von den Folgen betroffen. Auch viele Tiere leiden darunter, Artensterben und Biodiversitätsverluste werden beschleunigt. Wetterextreme und Naturkatastrophen treten durch die Klimakrise häufiger und in größerer Intensität auf. In den Jahren 2013, 2015 und 2017 gab es in Österreich mehr Hitzetote als Verkehrstote, die vergangenen 4 Jahre waren die wärmsten seit Beginn der Messgeschichte.

Die Klimakrise ist also nicht bloß ein Klimaproblem: Sie ist ein Wirtschafts-, Sicherheits-, Menschenrechts-, Artenschutz- und Friedensproblem.

Konkretes Handeln jeder einzelnen Person ist wichtig, es kann und soll aber nicht erwartet werden, dass die Lösung dieser Krise alleine durch Eigenverantwortung und von Einzelpersonen erreicht wird. Daher braucht es jetzt auf kommunaler Ebene, Landes-Ebene, nationaler und internationaler Ebene wirksame Maßnahmen, um dieser bereits beginnenden Katastrophe entgegenzuwirken. Die aktuellen Pläne und Maßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um die Erwärmung global bis 2050 auf die angestrebten 1,5°C Durchschnittstemperatur zu begrenzen. Deshalb ist es wichtiger denn je, jetzt zu handeln!

Seitens des Burgenländischen Landtages und der Burgenländischen Landesregierung wird das Engagement der jungen Menschen anerkannt. Es liefert einen wichtigen Beitrag zur Bewusstseinsbildung der Bevölkerung und verdient im Kern die grundsätzliche Unterstützung auf allen politischen Ebenen.

In diesem Sinne stellen die zeichnenden Parteien folgenden Antrag:

Der Landtag hat beschlossen:

Der Burgenländische Landtag bekennt sich zum Klimaschutz und zum Umstand, dass die Eindämmung der drastischen Folgen des Klimawandels als Aufgabe von höchster Priorität des Landes Burgenland wahrzunehmen ist.

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert

- zur Erstellung der burgenländischen Klima- und Energiestrategie alle Stakeholder sowie die im Landtag vertretenen Parteien bei der Erarbeitung von Maßnahmen betreffend die Verringerung des Ausstoßes von Treibhausgasen einzubinden und nach Fertigstellung dem Landtag zur Beschlussfassung zuzuführen.
- alle bestehenden und neuen Gesetze, Verordnungen des Landes Burgenland auf die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, soziale und ökonomische Nachhaltigkeit zu überprüfen und, wo immer notwendig, diese Regelungen und Aktivitäten so anzupassen, dass sie die Ursachen der Klimakrise und deren Folgen abschwächen.

- nach Prüfung entsprechende Ausgleichs- bzw. Begleitmaßnahmen zu setzen, sofern aufgrund von klima- und umweltpolitischen Maßnahmen soziale Härten drohen.
- sich auch weiterhin bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an den Berichten des „Intergovernmental Panel on Climate Change“ (IPCC) und „Austrian Panel on Climate Change“ (APCC) und der “Intergovernmental Science-Policy Platform on Biodiversity and Ecosystem Services” (IPBES) zu orientieren. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Raumordnung, Raumplanung, Verkehrsplanung, Energieversorgung und Investitionen zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen.